

FESTSETZUNGEN GEMÄß § 9 BauGB

Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

2.2 Dächer

dargestellt.

betragen.

2.3 Drempelhöhe

2.4 Firsthöhe

sten Punkt der Dachfläche.

2.5 Einfriedungen

zäune unsichtbar in die Hecken eingesetzt werden.

reiche zugelassen werden.

f) Garagen müssen Flachdächer erhalten.

a) Für Bauten mit ein- oder zweiseitig geneigten Dächern ist die Haupt-Firstrichtung im Plan verbindlich

b) Die zulässigen Dachformen und -neigungen sind im Plan verbindlich dargestellt. Ausnahmen von der Dachform u.

c) Dachüberstände dürfen 0,60 m nicht überschreiten. Ausnahmen können für überdachte Sitzplätze und Eingangsbe-

d) Die Gesamtlänge aller Dachaufbauten und -einschnitte darf max. 1/2 der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche

g) Schwarzdächer sollen mit Kiesschüttung versehen werden. Dachterrassen und Bepflanzungen sind zulässig. Rei-

h) Eingeschossige Bauten dürfen ein zusätzliches Staffelgeschoß erhalten, wenn die Geschoßfläche des Staffelge-

Die Drempelhöhe darf max. 0,50 m betragen. Dabei wird die Drempelhöhe definiert als das Maß zwischen der Schnittli

In den Bereichen, in denen keine Dachform oder Dachneigung festgesetzt ist, darf die max. Firsthöhe 7,00 m betragen.

Einfriedungen im Gartenbereich dürfen - falls notwendig - nur durch Hecken erfolgen. Zur Sicherheit dürfen Draht-

Dabei wird die Firsthöhe definiert als das Maß zwischen der Oberkante des Erdgeschoßfußbodens (OKFF) und dem höch-

nie der verlängerten Außenwand mit der Dachhaut und der Rohdecke des darunter befindlichen Geschosses.

chen Dachterrassen bis an die Nachbargrenze, so ist die Einsicht auf das Nachbargrundstück oder die Nachbar-

-neigung können für Wintergärten und Vorbauten zugelassen werden.

terrasse durch bepflanzte Sichtschutzanlagen zu verhindern.

schosses weniger als 50 % der darunterliegenden Geschoßfläche beträgt.

e) Aneinandergrenzende Dächer müssen gleiche Neigung, Farbe und Material erhalten.

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEM. § 81 BAUO NW i.V.m. § 9 ABS. 4 BAUGB

a) Von den nach § 3 Abs. 3 BauNVO in reinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind die unter Nr. 1 genannten Nutzungen nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes. Von den nach § 3 Abs. 3 BauNVO in reinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind die unter Nr. 2 genannten Anlagen (Anlagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienende Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche

b) Von den nach § 4 Abs. 2 BauNVO in allgemeinen Wohngebieten allgemein zulässigen Nutzungen sind die unter Nr. 3 Von den nach § 4 Abs. 3 BauNVO in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind die unter Nr. 2. 4 und 5 genannten Nutzungen nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes. Ausnahmsweise zulässig sind somit Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen und sportliche Zwecke.

festgelegt, das bei der Errichtung von Miefgaragen für mehrgeschossige Gebäude die Geschoßfläche um die lief-

Sammelanlagen zulässig, die durch Mauern vor Einsicht geschützt werden müssen. Abpflanzungen sind vorzusehen.) Umformerstationen sind nur in Verbindung mit anderen Gebäuden zu errichten. Bei Anbauten an Garagen sind Bau-

d) Die Plandarstellung der Garagen – auch im Bauwich – ist zwingend. Bei einer anderen Grundstücksteilung sind die

Kellergaragen sind unzulässig, wenn es sich dabei nicht um Gemeinschaftstiefgaragen handelt.

Vorspringende Sockelausbildungen sind unzulässig. Das anschließende Gelände darf nicht mehr als 50 cm unter dem zugeordneten Geschoßfußboden liegen. Welandeneigungen sind durch Stützmauern, die nicht höher als 0,90 m

2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEMÄß § 81 BAUONW i.V.m. § 9 ABS. 4 BAUGB

ÜBERSICHTSPLAN M. 1 : 5.000

STADT DÜLMEN

XIV. VEREINFACHTE ÄNDERUNG

BEBAUUNGSPLAN NR. 71/9 "SPIEKERHOF"

STADTBEZIRK GEMARKUNG FLUR

DÜLMEN-STADT

PLANUNG

DÜLMEN-MITTE

1:500